

50&51
5001 & 51.1

8. August 2016

Konzept „Integrationsschritte in großen Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete - GU.plus“

I - Warum ein Konzept GU.plus?

Durch die hohe Zahl der der Stadt Wiesbaden zugewiesenen geflüchteten Menschen und die aktuelle Situation auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt ist eine Unterbringung der Geflüchteten auch in großen Gemeinschaftsunterkünften (GUs) notwendig. Die Geflüchteten werden dort mindestens bis zum Abschluss des Asylverfahrens / Erreichen eines gesicherten Aufenthaltsstatus untergebracht sein. Es ist davon auszugehen, dass etliche Personen auch über diesen Zeitpunkt hinaus dort leben werden, da genügend bezahlbare Mietwohnungen nicht zur Verfügung stehen.

Die Dauer des Betriebs der großen GUs in Wiesbaden hängt von der Aufenthaltsdauer der dort wohnenden Menschen und dem zukünftigen Umfang der Flüchtlingszuweisungen durch das Land ab. Beides ist derzeit nicht vorhersehbar.

Als Definition für GUs mit dem Konzept „GU.plus“ wird hier von Unterkünften mit mehr als 250 Bewohner/innen ausgegangen. Dazu zählen aktuell die Unterkünfte: Hans-Bredow-Straße (550 Plätze), Kastel Housing (derzeit 495 Plätze, ausbaufähig bis 800 Plätze), Mainzer Straße (350 Plätze), Otto-Wallach-Straße (254 Plätze) und perspektivisch die GU in der Berliner Straße (400 Plätze).

Durch die sinnvolle und notwendige breite Information der Öffentlichkeit - Ortsbeiräte, Bürgerversammlungen, Presseberichterstattung - über die Einrichtung der großen Gemeinschaftsunterkünfte, sind - im Gegensatz zu den kleineren Unterkünften - die Standorte öffentlich bekannt. Dies bedeutet besondere Sicherheitsvorkehrungen sowohl zum Schutze der Bewohner/innen als auch der Nachbarschaften.

Die Größe der Unterkunft stellt alle davon Betroffenen vor neue und nicht immer einfache Herausforderungen. Die geflüchteten Menschen leben in großer Zahl auf relativ engem Raum mit eingeschränkter Privatsphäre und relativ wenig Ausweichmöglichkeiten zusammen.

Die Größe der Unterkunft und die damit verbundenen vielfältigen Kontaktmöglichkeiten innerhalb der eigenen Community geben zum einen Sicherheit, wirken aber zum anderen auch einschränkend auf Kontakte außerhalb der GU.

Die gewohnten Alltagssituationen in den Nachbarschaften der großen GUs werden sich durch den Zuzug sehr vieler Menschen verändern. Die Integration der neuen Bewohner/innen in den umgebenden Stadtteil und die Stadtgesellschaft, ein möglichst konfliktfreies und reibungsloses Zusammenleben sowohl innerhalb der Unterkunft als auch in der Nachbarschaft sind die wesentlichen Ziele des Konzeptes GU.plus.

Selbstverständliche und von allen Bewohner/innen der GU.plus zu akzeptierende Grundlage des Zusammenlebens ist Gleichberechtigung aller Bewohner/innen. Niemand - ob innerhalb oder außerhalb der GU - darf wegen seines Geschlechtes, Herkunft, Sprache, religiösen oder politischen Orientierung, sexuellen Ausrichtung oder Behinderung diskriminiert werden.

Die Größe der GUs bietet aber auch durch gemeinschaftlich nutzbare Räumlichkeiten und größere Außengelände Potentiale für Angebote, ehrenamtliches Engagement und Raum für Begegnungen. In günstigen Konstellationen kann die GU auch infrastrukturelle Potenziale für die Nachbarschaft bieten, wie z. B. in Kastel Housing mit dem „Haus der Bildung und Begegnung“.

Um erste Integrationsschritte in den GUs zu ermöglichen, eine Anbindung an die Gesellschaft und in den Stadtteil zu gewährleisten, sind besondere Maßnahmen und Angebote in diesen Einrichtungen nötig.

Die große Bereitschaft der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger die geflüchteten Menschen zu unterstützen, sich ehrenamtlich zu engagieren, spielt bei diesen Integrationsritten eine wichtige Rolle. Deshalb ist die systematische Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements ein wesentlicher Bestandteil des Konzeptes GU.plus.

Grundsätzlich sollen Angebote für geflüchtete Menschen (bald-)möglichst durch Regeleinrichtungen erbracht werden (z.B. Kita).

Die Angebote in der GU.plus sollen grundsätzlich zum Stadtteil hin geöffnet sein, Teil der sozialen Infrastruktur des Stadtteils werden, aber und vor allem auch Begegnungen zwischen den Nachbarn, der Stadtteilbevölkerung und den Menschen in der GU ermöglichen. Dies bedeutet auch, dass die Angebote im Rahmen von GU.plus von Bewohner/innen kleinerer GUs im Umkreis genutzt werden können.

II Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und der Vernetzung in den Stadtteil und die Stadtgesellschaft

Nach wie vor gibt es eine hohe Bereitschaft von Einzelpersonen und Gruppen in Wiesbaden, sich für Hilfe und Unterstützung von geflüchteten Menschen zu engagieren.

Diese Aktivitäten von Akteuren und Initiativen der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements unterstützen in vielfältiger Weise Ankommen, Aufnahme und erste Integrationsschritte der Geflüchteten. Insbesondere offenbart sich hier eine Willkommenskultur, die von staatlichen bzw. kommunalen Stellen alleine so nicht darzustellen wäre. Beispielhaft sind hier die zahlreichen Sprachkurse zu nennen, die koordiniert vom Freiwilligenzentrum Wiesbaden mit einem hohen Grad an Selbstorganisation, aber auch von Einzelpersonen und kleinen Teams angeboten werden. Ein persönlicher Kontakt der Geflüchteten mit Ehrenamtlichen, ist ein wichtiges Element auf dem Weg zu gelingender Integration; eine Wertebildung durch Werteerleben und alltägliche Begegnungen und Kommunikation gelingt am besten durch außerinstitutionelle, „private“ zwischenmenschliche Kontakte. Insbesondere noch auf- und auszubauenden Patenschafts- und Mentoringprojekten kommt ebenso wie alltäglicher nachbarschaftlicher Begegnung hierbei eine wichtige Rolle zu. Dabei kann auf das erfolgreiche Patenschaftsprojekt von EVIM zurückgegriffen werden.

Neben den angesprochenen Sprachkursen, ist heute bereits bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Hausaufgabenhilfe, Spielangebote, Patenschaften, Treffs, verschiedene Aktivitäten für unterschiedliche Altersgruppen: Malen, Schach, Nähen, Ausflüge zum Kennenlernen der Stadt etc. vielfach präsent.

Aber auch die geflüchteten Menschen selbst sind vielfältig als Sprachmittler, Guides etc. unterstützend tätig. Die geflüchteten Menschen müssen sich als Subjekte und nicht als Objekte der Integrationsprozesse erkennen.

Zur Integration des bürgerschaftlichen Engagements in den Betrieb und die Abläufe in der GU.plus ist umfangreiche Informations- und Koordinierungsarbeit durch den Sozialdienst Asyl erforderlich.

Die vielfältigen Aktivitäten der Ehrenamtlichen aus Nachbarschaften, Vereinen, Initiativen sowie von sozialen Einrichtungen im Stadtteil müssen inhaltlich und organisatorisch abgestimmt und koordiniert werden. Hierfür bedarf es einer verbindlich zuständigen und kompetenten Ansprechperson in der einzelnen GU.plus. Diese Funktion soll im Rahmen der fallübergreifenden Arbeit der sozialdienstlichen Betreuung (500132) wahrgenommen werden.

Werden diese Aufgaben auf mehrere Personen verteilt sind klare Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen festzulegen und zu kommunizieren. Besonders wichtig ist es, dass für die Nachbarschaft und auch für die bürgerschaftlich Engagierten eine Fachkraft als Ansprechperson fungiert. Es sollen Sprechzeiten für die Nachbarschaft und den Stadtteil eingerichtet, Name und Kontaktdaten der Ansprechperson bekannt gemacht werden. Die wahrgenommenen Vorsprachen und deren Themen werden dokumentiert und ausgewertet.

Große GUs machen es notwendig, dass die sozialdienstliche Betreuung vor Ort ihren Arbeitsplatz einnimmt und so leichter persönlich ansprechbar ist - für die GU.plus sind Arbeitsplätze vor Ort Standard, allerdings können in den GUs Mainzer Straße und Otto-Wallach-Straße nur Büros ohne PCs für Sprechzeiten vor Ort angeboten werden, die Kolleg/inn/en sind weiterhin der Homburger Straße angesiedelt.)

Die GU.plus wird in den Stadtteilkonferenzen oder anderen relevanten Vernetzungsgremien der sozialen Arbeit, aber auch in Zusammenschlüssen der bürgerschaftlich Engagierten (z. B. Runde Tische) durch eine Mitarbeitende des Sozialdienst Asyl vertreten.

Die Einrichtung einer großen GU wirft in der Anwohnerschaft besondere Fragen auf und löst z. T. auch Beunruhigung aus. Das bewährte offene Vorgehen des Sozialdezernates mit frühzeitiger Information des Ortsbeirates und Bürgerversammlungen wird beibehalten. Diese Versammlungen haben sich auch als Anknüpfungspunkt für Bürger/innen gezeigt, die sich ehrenamtlich für geflüchtete Menschen engagieren wollen. Der direkte Kontakt mit den Bewohner/innen der GUs gibt weitere Gelegenheit, Vorurteile abzubauen.

III Konkrete Maßnahmen und Handlungsfelder der GU.plus

- In Unterkünften mit mehreren hundert Bewohner/innen mit hoher Belegungsdichte werden Aufenthaltsräume für die Bewohner/innen und Möglichkeiten zur Begegnung mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Stadtteil oder der Stadtgesellschaft benötigt. Vorhandene Räumlichkeiten in der erforderlichen Größe innerhalb der Gebäude, wie z. B. das ehemalige Betriebsrestaurant in der Hans-Bredow-Str.1, werden so hergerichtet, dass sie für verschiedene Angebote wie z.B. Begegnungscafés und Veranstaltungen genutzt werden können. Pro GU.plus soll mindestens ein solches Angebot etabliert werden.
- Der Außenbereich sollte so gestaltet werden, dass er eine gute Aufenthaltsqualität hat und verschiedene Aktivitäten wie Grillen, Spielen, Sport ermöglicht oder Möglichkeiten für Urban Gardening Projekte bietet. Diese Aktivitäten in den Außenbereichen sollen für die Nachbarschaften und Stadtteilbevölkerung zugänglich sein, gemeinsam mit ihnen gestaltet werden.
- Sprachkurse sind ein wesentliches Element. Sie werden bisher erfolgreich durch Ehrenamtliche durchgeführt und sollen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Hierbei wird ein besonderes Augenmerk auf der Entwicklung von Patenschaften liegen. Diese wiederum sind eine wichtige Unterstützung des Integrationsprozesses (Stichwort: Wertevermittlung).
- Die Bewohner/innen der GU sollen so schnell wie möglich in die sozialen „Regelangebote“ integriert werden. Nicht immer wird dies z. B. aus Gründen der Platzkapazität sofort gelingen und/oder es sind vorbereitende Schritte notwendig. So sind z. B. zusätzliche Angebote der Elternbildung im Stadtteil oder in Räumen der GU.plus - aber geöffnet für alle Bewohner/innen des Stadtteils -, Integrations- und Orientierungskurse für Frauen, Spielgruppen für Kinder im Kita-Alter, die noch keinen Platz in einer Kita bekommen haben bzw. zur Vorbereitung auf den Besuch einer Kita, Sprachkurse, Lernunterstützung für Schülerinnen und Schüler notwendig. Diese zusätzlichen Angebote und Maßnahmen werden in Kooperation mit Ehrenamtlichen sowie den sozialen Einrichtungen vor Ort, den sozialen Fachdiensten und weiteren relevanten Akteuren konzipiert und umgesetzt werden. Zur Finanzierung können finanzielle Ressourcen des Integrationsfonds der Landeshauptstadt Wiesbaden bei der Steuerungs-

gruppe Integration beantragt werden, Mittel aus Spenden sowie die gezielte Akquise von Mitteln aus passenden Förderprogrammen der EU, des Bundes oder Landes dienen.

- Soziokulturelle Angebote und Maßnahmen für Menschen aller Altersgruppen sollen ausgebaut und in oder im Umfeld der GU angesiedelt werden. Auch in diesem Feld kann auf bürgerschaftliches Engagement zurückgegriffen werden. Wünschenswert ist überdies ein wöchentliches Angebot der Kunstwerker / Kunstkoffer für Kinder aus der GU und dem Stadtteil. Kreative Potentiale sollen zur Gestaltung der GU.plus und der Außengelände genutzt werden.
- Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG dienen der Tagesstrukturierung und sind erste Schritte in Richtung Erwerbstätigkeit und sollen weiterhin stark genutzt werden. In und im Umfeld der GU sind zahlreiche Tätigkeiten notwendig und sollen durch Bewohnerinnen und Bewohner erbracht werden. Das Aufgabenspektrum reicht von Reinigungstätigkeiten, Gestaltung des Wohnumfeldes bis zu Sprachmittlern bzw. Guides.
- Die Arbeitsplätze der für die Beratung und Betreuung der Bewohner/innen zuständigen Mitarbeiter/innen des Sozialdienstes Asyl sollen in der GU.plus angesiedelt werden. Hierfür sind Büros mit der notwendigen technischen Infrastruktur erforderlich.
- Ein Hausmeisterdienst stellt den geregelten Betrieb sicher.
- Die Sicherheit der Bewohner/innen wie des Umfeldes ist ein wichtiger Aspekt. In einer großen GU ist besondere Aufmerksamkeit in Sicherheitsfragen erforderlich. Der Zugang bedarf einer klaren Regelung, die Sicherheit und Offenheit ausbalanciert. Zum Feuerschutz sollen regelmäßige Informationsveranstaltung und Übungen (in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr) durchgeführt werden. Die Benennung von Verantwortlichen aus den Reihen der Bewohner/innen für jedes Stockwerk kann bei der Umsetzung der Hausordnung und der Sicherheitsbestimmungen helfen. Absprachen mit der Polizei und der Stadtpolizei bezüglich ihrer Präsenz im Umfeld (Streifen) können zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl auch bei den Anwohner/innen beitragen.
- Die besonderen Belange und Bedarfe von Frauen und Mädchen werden in allen hier angesprochenen Punkten berücksichtigt und in die Planungen einbezogen. Auch die besonderen Bedarfe von Jungen und Männern werden von der sozialdienstlichen Betreuung berücksichtigt

AG Konzept GU.plus
5001 - Sabine Weber, Matthias Betanski, Christoph Leng
51.1 - Andrea Schobes